

BBE**BUNDESVERBAND**
Bioenergie e.V.Bundesvereinigung der Deutschen
ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE **DER AGRARHANDEL** **Deutscher**
Bauernverband**Deutscher**
Soja-
Förderring **grofor**
Deutscher Verband des Großhandels
mit Ölen, Fetten und Ölröhstoffen **OVID - VERBAND DER**
ÖLSAATENVERARBEITENDEN
INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND **uföp**
Union zur Förderung von
Öl- und Proteinpflanzen e. V. **VDB** *Zukunft tanken.*

OVID e. V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Ihrer Exzellenz der Präsidentin der
Europäischen Kommission

Belgien

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler

Berlin, 13. Februar 2026

Dringender Appell: Geplante Einstufung von Soja als 'High iLUC'-Rohstoff – eine Bedrohung für EU-Souveränität, Industrie und Klimaziele

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Deutschland und Europa stehen an einem wirtschaftspolitischen Wendepunkt. Wachstumsblockaden konsequent beseitigen und die Resilienz der Lebensmittelversorgung ausbauen – das ist das Gebot der Stunde.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum globalen Schutz wertvoller Naturräume. Wir warnen jedoch vor dem aktuellen Plan der verantwortlichen EU-Kommissionressorts, Soja, die weltweit wichtigste Proteinpflanze, per delegierter Verordnung als Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen („High iLUC“) und somit pauschal als klimaschädlich einzustufen. Dies läuft den von der Bundesregierung und der EU selbst gesetzten Zielen diametral entgegen. Die Folgen wären eine Verlagerung der heimischen Wertschöpfung aus Europa heraus und vor allem: eine erhebliche Gefährdung der Versorgungssicherheit für die europäische Lebensmittelproduktion sowie neue Handelskonflikte, besonders mit den USA, den MERCOSUR-Staaten sowie der Ukraine.

Inmitten weltweiter historischer Herausforderungen, handelspolitischer Konflikte und massiv bedrohter Agrarlieferketten ist das aus der Zeit gefallene Vorhaben, einen Rohstoff durch willkürlich festgelegte Schwellenwerte vom Markt auszuschließen, für die gesamte Agrar- und Lebensmittelwirtschaft Deutschlands und der EU eine schwere zusätzliche Belastung ohne klimapolitischen Mehrwert!

Bitte stoppen Sie die High-iLUC-Einstufung und schützen Sie die europäische Soja-Wertschöpfung.

Für einen vertiefenden Austausch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Bundesverband Bioenergie e. V. (BBE)

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)

DER AGRARHANDEL - Bundesverband Agrarhandel und Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e. V.

Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)

Deutscher Raiffeisenverband e. V. (DRV)

Deutscher Sojaförderer e. V.

Grofor Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölrohstoffen e. V.

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.

Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP)

Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V. (VDB)

Begründung und Fakten

Die angestrebte Einstufung von Soja als Rohstoff mit hohem Risiko indirekter Landnutzungsänderungen („High iLUC“) basiert auf einer methodisch höchst fragwürdigen Datengrundlage. Sie ignoriert die ökonomische Realität der europäischen Ölsaatenverarbeitung, setzt die Versorgungssicherheit der EU aufs Spiel, birgt das Risiko internationaler Handelskonflikte und gefährdet – im Gegensatz zur Intention – das Ziel einer entwaldungsfreien Lieferkette.

Deutschland ist innerhalb der EU die Nummer 1 der ölsaatenverarbeitenden Industrie. In keinem anderen Mitgliedsland gibt es so viele Industriestandorte, die diese hochwertigen agrarischen Rohstoffe auf höchstem Niveau verarbeiten und echte Wertschöpfung im ländlichen Raum generieren. Sollten diese Industriestandorte abwandern, entstehen sehr weitreichende Kollateralschäden, nicht nur in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft, sondern auch bei unzähligen handwerklichen Fachbetrieben. Der Verlust an Investitionen, Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätzen in Deutschland und Europa wäre gravierend.

Unsere Warnung basiert auf fünf zentralen Punkten:

1. Bedrohung der europäischen Versorgungssicherheit und Resilienz

Der fundamentale Fehler im Ansatz der Kommission ist die isolierte Betrachtung von Sojaöl: Europa hat ein erhebliches *Proteindefizit* für die tierische Veredelung. In Europa werden jährlich rund 15 Mio. t Sojabohnen verarbeitet. 80 Prozent der Bohne werden zu Sojaschrot verarbeitet, das für die heimische Produktion tierischer Lebensmittel unverzichtbar ist. Das anfallende Sojaöl (ca. 20 %) ist ein essenzielles *Koppelprodukt*, dessen Absatz im Kraftstoffmarkt die Wirtschaftlichkeit der gesamten Verarbeitung absichert. Fällt dieser Absatzmarkt durch eine „High iLUC“-Einstufung weg, können heimische Ölmühlen im globalen Wettbewerb nicht mehr bestehen.

Die *Konsequenzen* sind fatal: Die Verarbeitung wird aus Europa *abwandern*. Wir müssen anstelle von Sojabohnen künftig reines Sojaschrot aus Drittstaaten importieren und machen den im Aufbau befindlichen europäischen Sojaanbau unwirtschaftlich. Damit begibt sich die europäische Lebensmittelversorgung unnötig in *externe Abhängigkeiten* und verliert an Resilienz gegen geopolitische Schocks. Ein herber Rückschlag für die *Proteinstrategie*, die für die nachhaltige Versorgungssicherung Deutschlands und Europa von wachsender Bedeutung ist. *Zumal Soja nicht nur für die Futtermittelherstellung, sondern auch direkt für die Humanernährung eine immer größere Rolle spielt, z. B. für vegetarische oder vegane Produkte. Die Lebensmittelwirtschaft unternimmt im Zuge dieser Entwicklung große Anstrengungen, Soja aus Deutschland bzw. aus Europa zu beziehen.*

2. Strategische Inkohärenz und handelspolitischer Schaden

Es entsteht ein gefährliches Paradoxon: Während sich die EU für neue Freihandelsabkommen einsetzt, errichtet sie mit der High-iLUC-Einstufung faktisch eine neue, *nichttarifäre Handelsbarriere* gegen den wichtigsten Proteinlieferanten unserer Partnerregionen sowohl in Nord-, als auch in Südamerika. Dies beschädigt nicht nur die

Glaubwürdigkeit der europäischen Außenwirtschaftspolitik massiv, sondern ist zugleich eine unnötige Provokation, die neue Handelskonflikte befeuert – besonders mit den USA, die ebenfalls massiv betroffen wären.

Zudem existieren mit der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) und den Nachhaltigkeitskriterien der Renewable Energy Directive (RED) bereits Instrumente, die die Wirtschaft und den Handel massiv belasten. Eine zusätzliche High-iLUC-Einstufung ist regulatorisch redundant und bestraft jene Akteure, die bereits erheblich in Rückverfolgbarkeit investiert haben.

3. Methodische Mängel und veraltete Datenbasis

Die Datenbasis der geplanten Einstufung bildet die agrarwirtschaftliche Realität des Jahres 2026 nicht mehr ab und ignoriert wichtige Fakten. Sie muss korrigiert werden:

Die *rein energetische Betrachtung* degradiert die Sojabohne zu einem bloßen Energieträger und verkennt den wahren Wert ihrer Proteinkomponente. Notwendig ist eine Korrektur, die den tatsächlichen Markttreiber – den Proteinbedarf – als maßgeblichen Faktor anerkennt.

Zudem werden auch *Mehrfachernten* („Double Cropping“) völlig ignoriert: In Hauptanbaugebieten folgt auf die Sojaernte im selben Jahr oft Mais oder Baumwolle. Der Hektar ist also doppelt so produktiv, was in der EU-Berechnung ignoriert wird. Eine korrekte Berechnung würde den Risikowert signifikant reduzieren.

In der Delegierten Verordnung (EU) 2019/807, Artikel 3a, ist eindeutig festgelegt, dass für die Einstufung als high-iLUC-Risiko die durchschnittliche jährliche Flächenausdehnung seit 2008 maßgeblich ist. Dass die Delegierte Verordnung nun im Nachhinein geändert werden soll, um die Änderung der Methodik zu legitimieren und statt dem Jahr 2008 nun das Jahr 2014 zu verwenden, halten wir für inkonsistent und bedenklich.

4. Funktionsfähige Märkte statt neuer Bruchlinien

Für die europäischen Agrarhandelsunternehmen ist Soja nicht nur ein Rohstoff für die Verarbeitung, sondern ein zentraler Baustein in hochkomplexen, global verzahnten Liefer- und Wertschöpfungsketten. Über die Handelsunternehmen werden Sojabohnen, -schrote und -öle aus unterschiedlichen Herkunftsregionen gebündelt, qualitätsgesichert und in vielfältige Absatzkanäle für Futtermittel-, Lebensmittel- und Verarbeitungsindustrie in der EU verteilt. Diese Handelsströme gewährleisten Wettbewerb, Versorgungssicherheit und Preisstabilität entlang der gesamten Kette – vom Landwirt bis zur verarbeitenden Industrie.

Erste Analysen der Futtermittelwirtschaft zeigen, dass EUDR-konforme Sojaprodukte bereits jetzt mit deutlichen Aufschlägen angeboten werden und das Angebot an zertifizierter Ware zeitweise nicht ausreicht, um die gesamte EU-Nachfrage zu decken. Dies treibt die Preise für Sojaschrot und alternative Proteinträger nach oben und belastet die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Tierhaltung und Veredelungswirtschaft zusätzlich.

Eine parallele High- iLUC-Einstufung von Soja würde diesen Druck weiter verstärken: Sie verengt die Absatzwege für Sojaöl, schwächt damit die Wirtschaftlichkeit der Koppelproduktion und führt zwangsläufig zu höheren Beschaffungskosten entlang der gesamten Kette – vom Import über die Verarbeitung bis hin zu Futtermittelherstellern und landwirtschaftlichen Betrieben.

5. Vertragssicherheit und Lieferrisiken

Die geplante High- iLUC-Einstufung von Soja birgt zudem ein erhebliches Vertrags- und Lieferrisiko entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Ein großer Teil der Sojaimporte und -verarbeitungsströme ist in mittel- bis langfristigen Liefer- und Rahmenverträgen, einschließlich Absicherungs- und Logistikvereinbarungen, fest gebunden. Werden Verwertungswege – etwa im Biokraftstoffsektor – kurzfristig regulatorisch eingeschränkt, können zugesagte Absatzkanäle wegfallen, vereinbarte Spezifikationen nicht mehr erfüllt werden und es drohen Vertragsstrafen sowie kostspielige Neuverhandlungen.

Für Handelsunternehmen bedeutet dies höhere Risikoaufschläge, geringere Bereitschaft, langfristige Verpflichtungen einzugehen, und eine Zurückhaltung bei der Finanzierung von Lager- und Transportkapazitäten. Damit wird ausgerechnet die Funktion des Handels als Puffer für Preis-, Mengen- und Logistikerisiken geschwächt – mit unmittelbaren Folgen für die Stabilität und Planbarkeit der europäischen Soja- und Proteinversorgung.

Mitzeichnende Verbände

Der **Bundesverband Bioenergie e. V. (BBE)** wurde 1998 als Dachverband der im Bioenergiesektor tätigen Unternehmen und Institutionen gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Unternehmen, Verbände und Forschungseinrichtungen aus den Bereichen der festen, flüssigen und gasförmigen Bioenergie. Die Mitglieder decken von der Bereitstellung von Biomasse über die Planung von Bioenergieanlagen, den Anlagenbau sowie den Betrieb von Anlagen bis hin zu weiteren relevanten Dienstleistern die gesamte Wertschöpfungskette ab.

Der **Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)** vertritt als einer der führenden Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft die allgemeinen berufsständischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Interessen seiner Mitgliedsverbände und -unternehmen aus den Branchenzweigen des Produktionsverbindungshandels, des Konsumgütergroßhandels und des baunahen Großhandels. Er ist das Bindeglied zwischen Industrie und Landwirtschaft, Handwerk und Einzelhandel.

Die **Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)** ist die Interessenvertretung der Fachverbände und Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie. Die Aufgabe der BVE ist es, sich für wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen einzusetzen, die den deutschen Lebensmittelherstellern verantwortliches und unternehmerisches Handeln ermöglichen und die Zukunftschancen der Unternehmen der Ernährungsindustrie am Standort Deutschland, als drittgrößter Industriebereich, sichern.

DER AGRARHANDEL - Bundesverband Agrarhandel und Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e. V. ist die Interessenvertretung des Agrarhandels in Deutschland. Seine Mitgliedsunternehmen beliefern die Landwirtschaft mit Saatgut, Pflanzenschutz- und Düngemitteln sowie Futtermitteln. Sie erfassen bundesweit Agrarrohstoffe, wie Getreide und Ölsaaten, und vermarkten sie als Nahrungs- und Futtermittel im In- und Ausland. Auch zählen internationale Im- und Exporteure sowie Makler von Agrarerzeugnissen zu den Mitgliedern. DER AGRARHANDEL e.V. ging 2022 aus einer Verschmelzung des Bundesverbands Agrarhandel e.V. (BVA) und des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V. (VdG) hervor. Er unterhält Geschäftsstellen in Hamburg und Berlin.

Der **Deutsche Bauernverband e.V. (DBV)** ist der Dachverband der deutschen Landwirtschaft. Er vertritt die Interessen von Landwirten, Familienbetrieben und ländlichen Räumen parteipolitisch unabhängig. Der DBV steht mit politischen Entscheidungsträgern, mit den Akteuren der Agrarwirtschaft sowie mit Medien und gesellschaftlichen Vertretern in ständigem Kontakt, um die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. Über die Büros in Berlin und Brüssel ist der DBV der zentrale Ansprechpartner für alle politischen Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.

Der **Deutscher Raiffeisenverband e.V. (DRV)** vertritt die Interessen der genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Als wichtiges Glied der Wertschöpfungskette Lebensmittel erzielen die 1.635 DRV-Mitgliedsunternehmen in der Erzeugung, im Handel und in der Verarbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen mit rund 110.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Umsatz von 77,8 Milliarden Euro. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.

Der 1980 gegründete **Deutsche Sojafördering e. V.** hat aktuell 218 Mitglieder entlang der Soja-Wertschöpfungskette und engagiert sich für Anbau und Verarbeitung von Sojabohnen in Deutschland. Zentrale Aktivitäten sind die Sammlung und Verbreitung von Wissen und die Förderung der Marktentwicklung.

Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Örohstoffen e. V. **Grofor** wurde 1916 in Hamburg von 25 Unternehmern aus dem Handel mit Lebensmittelschmalz und -fetten, Tran, technischen Fetten für die Seifen- und Kerzenindustrie sowie pflanzlichen Ölen gegründet. Der Grofor vertritt bundesweit die mit Fetten, Ölen und Örohstoffen handelnden Agrarunternehmen. Mit ihrer Tätigkeit stehen diese Unternehmen für Fortschritt in der Branche, freien internationalen Handel und offenen Diskurs mit Drittländern.

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V. vertritt die Interessen der ölsaatenverarbeitenden und pflanzenölraffinierenden Unternehmen in Deutschland. Die im Verband organisierten Unternehmen verarbeiten jährlich rund zehn Millionen Tonnen Ölsaaten, raffinieren zwei Millionen Tonnen Pflanzenöl und produzieren sechs Millionen Tonnen Ölschrote. Diese Produkte sind systemrelevant für die Lebensmittelversorgung in Deutschland. Sie werden unter anderem als Grundnahrungsmittel verwendet sowie im Kontext der Bioökonomie für Kosmetika, Waschmittel, Farben und Lacke oder auch als Nutztierfutter oder für die Herstellung von Biodiesel eingesetzt.

Die **Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e. V. (UFOP)** vertritt die politischen Interessen der an der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung heimischer Öl- und Eiweißpflanzen beteiligten Unternehmen, Verbände und Institutionen in nationalen und internationalen Gremien. Die UFOP fördert Untersuchungen zur Optimierung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Entwicklung neuer Verwertungsmöglichkeiten in den Bereichen Food, Non-Food und Feed. Die Öffentlichkeitsarbeit der UFOP dient der Förderung des Absatzes der Endprodukte heimischer Öl- und Eiweißpflanzen.

Der **Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V. (VDB)** vertritt die Interessen von 15 deutschen Biokraftstoffproduzenten in Berlin und Brüssel. Die Mitgliedsfirmen liefern den Löwenanteil der Erneuerbaren Energien im Straßenverkehr. 12 Unternehmen davon stellen Biodiesel auf Basis von Rapsöl, Sojaöl, Altspeisefetten und tierischen Fetten her. Ihre Produktionskapazität liegt bei 2,4 Millionen Tonnen Biodiesel pro Jahr. Drei Produzenten stellen fortschrittliches Biomethan her, das aus den Reststoffen der Bioethanolproduktion und Stroh gewonnen wird. Die Biomethan-Kapazität beträgt 900 GWh. Die Biokraftstoffproduktion liefert einen maßgeblichen Beitrag zur Bioökonomie und verknüpft energetische und stoffliche Nutzung von Biomasse.